

Die Pflegeprofis in den neuen Ländern sind zum Dialog bereit

Ost-West-Bildungsdialog: Für Johann Huber (Bundesausschuss der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe) bieten die neuen Länder Orientierungshilfen

20. Januar 2004

Wie ist die Pflegeausbildung in Zukunft zu gestalten? Was ist wünschenswert? Und was ist politisch durchsetzbar? Mitte Dezember 2003 fand zur Zukunft der Pflegeausbildung ein Ost-West-Bildungsdialog in Dresden statt. Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) und der Bundesausschuss der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe (BA) hatten gemeinsam zur Tagung nach Dresden eingeladen.

Susanne Werner von der QuePNet-Redaktion hat dort die Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen um eine kurze Einschätzung der aktuellen Lage gebeten. Die einzelnen Stimmen werden jetzt auf der QuePNet-Homepage in loser Folge veröffentlicht.

Heute: **Johann Huber** vom Bundesausschuss e.V. der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe:

„Ich sehe mich bestätigt: Die Initiative für den Ost-West-Bildungsdialog war richtig. Auffallend ist, dass das Informationsdefizit über die unterschiedlichsten Wege der beruflichen Bildung in den Pflege- und Gesundheitsberufen auch 13 Jahre nach der Wende immer noch nicht aufgelöst ist. Die Vor- und Nachteile bestehender bildungsstruktureller Unterschiede sind noch nicht ausdiskutiert.

Mehr Dialogbereitschaft in den Ostländern

Wenn ich als Partner im Dialog die Argumente des anderen verstehen will, dann muss ich zuhören können, Erkenntnisse sammeln und den geschichtlichen Begründungszusammenhang verstehen. Nur derjenige, der erkennt, dass er im Dialog mit dem anderen zu positiven Selbsterkenntnissen kommt und von den Erfahrungen des anderen profitieren wird, ist am Dialog interessiert. Die statistische Auswertung über die Teilnehmer an der Veranstaltung lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Vertreter aus den Ostländern mehr Dialogbereitschaft zeigen, sie waren anwesend. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Westländern glänzten weitgehend durch Abwesenheit. Ich frage mich, wo bleibt die Dialogbereitschaft, um vom jeweils anderen und von den Unterschieden zu profitieren?

Sonderstellung der Pflegeausbildung

Im Ost-West-Vergleich fällt auf, dass in den meisten Bundesländern die Pflegeausbildungen bildungsstrukturell weiterhin eine Sonderstellung einnehmen.

Dies muss geändert werden. Unsere Forderung: Die pflegeberufliche Ausbildung muss in das Regelbildungssystem der beruflichen Bildung nach Landesrecht integriert werden. Das A und O dieser Problematik liegt in der untypischen Finanzierungsregelung begründet. Eine Situation, die trotz neuem Krankenpflegegesetz fortgeschrieben wird. Die Finanzierung der Schulen und die Kosten für die gesamte theoretische Ausbildung muss zukünftig über die Länderhaushalte getragen werden. Wir müssen endlich diese fiskalisch begründete, bildungsstrukturelle Sonderregelung überwinden.

Anzahl der Ausbildungsplätze wird sinken

Ich erwarte, dass der Finanzierungsdruck auf die Krankenhäuser, spätestens ab 2005 ökonomisch begründete Konsequenzen auf die Ausbildungsbereitschaft haben wird. Wir werden feststellen, dass die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege gravierend weniger werden. Eine Situation die bei steigendem Pflegebedarf sowohl gesellschaftspolitisch wie arbeitsmarktpolitisch absolut kontraproduktiv ist.

Darin sehe ich eine Chance für strukturelle Veränderungen. Ich wünsche mir, dass von den Ausbildungsverantwortlichen in Ost und West eine gemeinsame kollektive Kraft ausgeht um eine Veränderung herbei zu führen. Deshalb brauchen wir diesen Dialog.

Bildungsoffensive ist notwendig

Wir müssen diese Zeit der leeren Kassen politisch nutzen um gemeinsam zum richtigen Zeitpunkt, die richtigen Argumente und schlüssigen Konzepte in die gesellschaftspolitische Diskussion zu bringen. Der pflegebedürftige Mensch muss wissen, pflegerische und gesundheitliche Versorgungsdefizite an seiner Person haben sicherlich auch eine personelle Ursache, diese jedoch ist nicht nur finanziell sondern auch strukturell an der bestehenden Bildungssituation zu begründen. Das personale Defizit kann nur mit einer Bildungsoffensive beantwortet werden. Ich wünsche mir Landespolitiker mit der politischen Kraft, die Bildung und sozialen Verantwortung in den Mittelpunkt stellen.

Neue Bundesländer als Orientierungshilfe

Wir brauchen Landesregierungen, die den Mut haben die Finanzierung der schulischen Bildung der Pflege- und Gesundheitsfachberufe aus Steuermitteln zu übernehmen. Die neuen Bundesländer, die ihr Schulrecht entsprechend gestaltet haben, könnten hier modellhaft Orientierungshilfe sein. Auch die Pflegeausbildung findet dort an Schulen in öffentlicher Trägerschaft statt. Die Sozialkassen werden von diesen Kosten versicherungsfremder Leistungen entlastet. Eine solche Initiative könnte dazu führen, dass wir endlich die strukturellen Veränderungen umsetzen können, die wir für die Pflegeausbildung dringend fordern.“

Hinweis: In der Reihe Ost-West-Bildungsdialog wurden bereits Statements veröffentlicht von:

- Gertrud Stöcker, die Ehrenvorsitzende des Bundesausschusses der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe (QuePNet, 17. Dezember 2003)
- Jens Reinwardt, Geschäftsführer des Bildungszentrums für Berufe im Gesundheitswesen Berlin-Brandenburg (QuePNet, 6. Januar 2004)

QuePNet-Redaktion * Fachbereich Pflege und Gesundheit * Fachhochschule Bielefeld
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Beate Rennen-Allhoff – Dr. Antje Kellersohn

Kontakt: Susanne Werner, Am Stadtholz 24, 33609 Bielefeld, Tel. 0521/106-7432, Fax 0521/106-7178
Internet: <http://quepnet.fh-bielefeld.de>, E-Mail: redaktion.quepnet@fh-bielefeld.de